



Hans-Peter Kriemann

Hinein- gerutscht?

Deutschland
und der
Kosovo-Krieg



Bundeswehr im Einsatz

Herausgegeben vom
Zentrum für Militärgeschichte
und Sozialwissenschaften der Bundeswehr

Band 2

Hans-Peter Kriemann

Hineingerutscht?

Deutschland und der Kosovo-Krieg

Vandenhoeck & Ruprecht

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind
im Internet über <https://dnb.de> abrufbar.

© 2021 Vandenhoeck & Ruprecht, Theaterstraße 13, D-37073 Göttingen,
ein Imprint der Brill-Gruppe (Koninklijke Brill NV, Leiden, Niederlande; Brill
USA Inc., Boston, MA, USA; Brill Asia Pte Ltd, Singapore; Brill Deutschland
GmbH, Paderborn, Deutschland; Brill Österreich GmbH, Wien, Österreich)
Koninklijke Brill NV umfasst die Imprints Brill, Brill Nijhoff, Brill Hotei,
Brill Schönigh, Brill Fink, Brill mentis, Vandenhoeck & Ruprecht, Böhlau,
Verlag Antike und V&R unipress.

Umschlagabbildung: Kosovo-Flüchtlinge in Blace werden nach Cegrane gebracht.
picture-alliance / dpa / epa Mladen Antonov, 6. Mai 1999

Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr,
Fachbereich Publikationen (0778-01)

Bildrechte: Esther Geiger

Satz: Christine Mauersberger

Lektorat: Aleksandar-S. Vuletić

Grafiken: Bernd Nogli

Umschlaggestaltung: SchwabScantechnik, Göttingen

Druck und Bindung: ☉ Hubert & Co BuchPartner, Göttingen

Printed in the EU

Vandenhoeck & Ruprecht Verlage | www.vandenhoeck-ruprecht-verlage.com

ISSN 2702-4814

ISBN 978-3-525-31135-6

Inhalt

Vorwort	9
Danksagung	11
I. Einleitung	13
1. Fragestellung	13
2. Aufbau der Arbeit	17
3. Forschungsüberblick	22
a) Neueste Militärgeschichte	22
b) Militärsoziologie	29
c) Politikwissenschaften	32
d) Forschungen zu Jugoslawien	35
4. Quellen	39
II. Große Erwartungen: Die Rolle Deutschlands nach dem Ende des Kalten Krieges	47
1. Außen- und sicherheitspolitische Bedingungen des deutschen Einigungsprozesses	47
2. Die Deutschen und der Zweite Golfkrieg – erste Bewährungsprobe der Vereinten Nation	51
3. Die deutsche politische Debatte über den Einsatz von Streitkräften	58
4. Deutsche Scheckbuchdiplomatie?	70
5. Die Bundeswehr und der Zweite Golfkrieg	75
6. Der Zweite Golfkrieg aus der Perspektive der Bundeswehrsoldaten	83
7. Armee der Einheit	86
8. Deutschland, NATO und WEU	88
III. Deutschland und die postjugoslawischen Kriege	95
1. »Krieg ist in Europa wieder möglich.« Zur Geschichte Jugoslawiens	95
2. Die Anerkennung Sloweniens und Kroatiens – Kabinettstück oder Großmachtgebaren?	98
3. Der Bosnienkrieg	114
4. Exkurs: »Ethnische Säuberungen«	119

5. Der weitere Kriegsverlauf und das Vorgehen der internationalen Gemeinschaft	125
6. Das Ende des Bosnienkrieges und die neue Rolle der NATO	130
7. Die deutsche Debatte 1992–1995	139
8. Die Folgen des Urteils des Bundesverfassungsgerichts vom 12. Juli 1994	154
9. Auf dem Weg zur »Normalisierung«: Die deutsche Beteiligung an IFOR und SFOR	164
IV. Europäische Positionierung und innere Sicherheit: Die schwarz-gelbe Bundesregierung und der Kosovo-Konflikt	177
1. Zur Geschichte des Kosovo-Konflikts	177
2. Es begann im Drenica-Tal	181
3. Die Einbahnstraße zum Krieg	194
4. Konfliktlösung durch die NATO	205
5. Die deutsche Debatte um den Kosovo-Konflikt	214
6. Die deutsche Kosovo-Politik bis zu den Bundestagswahlen im September 1998	220
7. Die militärischen Planungen der NATO zur Lösung des Kosovo-Konflikts	224
8. Der Kosovo-Konflikt als Präzedenzfall	235
V. Deutschland im Krieg: Die rot-grüne Bundesregierung und der Kosovo-Konflikt	243
1. Die Hände gebunden: Rot-Grün in einer moralischen Zwickmühle	243
2. »Wir schlugen auf dem Betonboden der Realpolitik auf« – die deutsche politische Debatte	249
3. Endlich Frieden? Die Holbrooke-Milošević-Vereinbarung	255
4. Die deutsche Beteiligung an den Verifikationsmaßnahmen der Holbrooke-Milošević-Vereinbarung	258
5. Das Massaker von Račak und das Scheitern der KVM	260
6. Die deutschen militärischen Planungen der NATO-Verifikationsmission und der Extraction Force	263
7. Die Extraction Force (EXFOR)	268
8. Eskalation der Gewalt – der militärische Prozess nach Račak	275
9. Der politische Prozess von Račak bis Rambouillet	278
10. Die militärischen Planungen der NATO bis zum Beginn des Luftkrieges gegen die BRJ am 24. März 1999	286
11. Die Konferenz von Rambouillet	299
12. War Rambouillet eine Scheinkonferenz?	307
13. Die deutsche Debatte über die Beteiligung an KFOR	312
14. Ein letzter Versuch	317
15. Krieg in Europa im neuen Zeitalter des Friedens	321

Inhalt	7
VI. Der deutsche Weg: Europäische Integration als Garant für Frieden und Stabilität auf dem Kontinent	329
1. Der Luftkrieg der NATO gegen die BRJ	329
2. Die Rolle der Medien für den Luftkrieg	336
3. Die innenpolitische Debatte über die deutsche Beteiligung am Krieg der NATO	343
4. Der »Fischer-Plan«	351
5. NATO-Gipfel und Kriegsverlauf	362
6. Die internationale Krisendiplomatie bis zum Einmarsch der KFOR	373
7. Die Vorbereitungen zur Bodeninvasion im Kosovo	376
8. An der Schwelle zu einem Krieg in Europa?	381
9. Der politische Prozess bis zum Einmarsch der KFOR	390
10. Der Einmarsch der KFOR	396
11. Der Kosovo-Konflikt als Wegbereiter internationaler Interventionspraxis	407
VII. Fazit	417
1. Das deutsche Akteursverhalten im Kontext des internationalen Konfliktlösungsprozesses. Die Stärkung des europäischen Pfeilers in NATO und UN	418
2. Die Handlungslogik deutscher Außenpolitik	421
3. Das Spannungsfeld zwischen deutschem Akteursverhalten und innenpolitischer Debatte	425
4. Die Androhung und der Einsatz militärischer Gewalt im Kosovo-Konflikt	433
a) Die internationale Arena	433
b) Die nationale Arena	439
5. Ausblick	441
Anhang	445
Grafiken	446
Abkürzungen	460
Quellen und Literatur	465
Personenregister	485

Vorwort

Seit über 22 Jahren befindet sich die Bundeswehr im längsten Auslandseinsatz ihrer Geschichte. Mittlerweile waren mehr als 130 000 Soldaten im Einsatz. 29 von ihnen verloren ihr Leben und 131 trugen schwere gesundheitliche Schäden davon. Gemeint ist nicht der Afghanistan-Einsatz, sondern die Mission im Kosovo; diese scheint jedoch weitgehend vergessen. Dabei war das deutsche militärische Engagement im Kosovo ein Einschnitt in der Geschichte der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik und mithin der Bundeswehr selbst. Dieser Einsatz war das Ergebnis einer außen- und sicherheitspolitischen Neuorientierung des wiedervereinigten Deutschlands. Bereits mit dem Zweiten Golfkrieg 1991 hatte ein durchaus schmerzhafter innenpolitischer Selbstverständigungsprozess über den Sinn und die Berechtigung des Einsatzes militärischer Gewalt in internationalen Einsätzen begonnen. Mit neuen und anfangs noch kleineren Missionen wurde allmählich der Rahmen deutscher politischer Entscheidepraxis der Bundeswehr abgesteckt und Stück für Stück ausgeweitet. Wie sehr sich der Auftrag der Bundeswehr damit zu wandeln begann, zeigten dann ihre Beteiligung an der NATO-Luftoperation »Deliberate Force« zur Beendigung des Bürgerkrieges in Bosnien-Herzegowina im Spätsommer 1995 wie auch ihre Unterstützung der folgenden IFOR- und SFOR-Missionen. Dafür gab es politische Prinzipien, etwa die Notwendigkeit eines UN-Mandats und auch die Vermeidung von Kampfeinsätzen mit Bodentruppen. Doch schon während der deutschen militärischen Beteiligung am Kosovo-Konflikt wurden diese Prinzipien erneut auf den Prüfstand gestellt. Die Bundesregierung sah sich mit der schwierigen Herausforderung konfrontiert, gewaltsame Konflikte quasi vor der eigenen Haustür unter Kontrolle zu bringen und damit das menschliche Leiden zu beenden, aber zugleich Gewaltanwendung durch Kampfeinsätze soweit wie möglich zu vermeiden.

Der Umgang mit diesem Spannungsverhältnis prägt die deutsche Sicherheitspolitik seit dem 3. Oktober 1990; dies darzustellen und zu analysieren ist eine Aufgabe der neuesten Militärgeschichte. Diese Arbeit am »laufenden Motor« ist spannend, aber immer auch eine historiografische Herausforderung. Der Zugang zu Archivalien gestaltet sich oft sehr schwierig, trotzdem sind die Quellen zahlreich: Viele Zeitzeugen können und wollen Auskunft geben, und auch im Internet ist eine große Zahl von Informationen vielfältiger Art zu finden. All das bietet der Forschung vie-

le Möglichkeiten und Chancen. Die vorliegende Publikation des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften (ZMSBw) ist die erste auf archivalischen Quellen basierende Studie zur Beteiligung Deutschlands am Kosovo-Konflikt. Sie ist ein grundlegender und richtungsweisender Beitrag zur Debatte über den Wandel der deutschen Sicherheitspolitik und über die Bundeswehr im Einsatz. Der Autor arbeitet auf breiter Quellenbasis die wesentlichen Motive und Triebkräfte heraus, die dazu führten, dass erstmals seit 1945 deutsche Soldaten in einen Kampfeinsatz entsandt wurden. Der Kosovo-Konflikt war aber nicht nur ein wichtiger Markstein in der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik. Er war zugleich auch ein Präzedenzfall für die Frage nach der völkerrechtlichen Legitimation humanitärer Interventionen. Tatsächlich ging es dabei nicht allein um die Beendigung der Gewalt auf dem Balkan, sondern ganz wesentlich auch um die künftige Rolle von NATO, EU, OSZE und UN im internationalen Krisen- und Konfliktmanagement.

Die vorliegende Studie verdeutlicht, dass Vorstellungen von politischer und militärischer Glaubwürdigkeit innerhalb der NATO ganz wesentlich zur Entscheidung des Bündnisses beitrugen, gegen die Bundesrepublik Jugoslawien Krieg zu führen. Der als kurze Luftkriegsoperation geplante Einsatz ließ sich allerdings nicht innerhalb weniger Tage erfolgreich beenden. Vielmehr entwickelte der militärische Konflikt eine Dynamik, die man weder in Brüssel noch in Berlin so vorhergesehen hatte. Die NATO sah sich daher gezwungen, ihre Operationen sukzessive auszuweiten und zu intensivieren. Erst als ernsthafte Planungen für einen offensiven Einsatz von Bodentruppen aufgenommen wurden, gelang es schließlich, eine politische Lösung zur Beendigung des Konfliktes zu finden. Die Studie bietet damit neue instruktive Einblicke in das komplexe Wechselverhältnis von politisch-diplomatischen Prozessen und militärischen Maßnahmen der Gewaltandrohung und Gewaltanwendung bei der Bewältigung zwischenstaatlicher Konflikte.

Schon deshalb wünsche ich diesem Buch eine möglichst intensive Wahrnehmung in der Wissenschaft und eine hohe Verbreitung in der Öffentlichkeit. Dem Autor, Herrn Oberstleutnant Dr. Hans-Peter Kriemann, der diese Studie als Dissertation an der Universität Potsdam mit einem herausragenden Erfolg vorgelegt hat, gilt mein besonderer Dank. Außerhalb wie innerhalb des Hauses danke ich jenen, die das Buch mit auf den Weg gebracht haben. Der Fachbereich Publikationen des ZMSBw unter der bewährten Leitung von Dr. Christian Adam hat diesen Band sehr kompetent und professionell betreut und bis zur Veröffentlichung erfolgreich begleitet.

Allen Leserinnen und Lesern wünsche ich eine spannende und erkenntnisreiche Lektüre.

Dr. Frank Hagemann

Oberst und Kommandeur i.V. des Zentrums für

Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr

Danksagung

Die vorliegende Arbeit wurde im Jahr 2018 von der Philosophischen Fakultät der Universität Potsdam als Dissertation angenommen. Auf dem Weg dorthin haben mich viele Menschen begleitet und unterstützt. Zunächst möchte ich meinem Doktorvater Professor Sönke Neitzel und meinem Zweitgutachter Professor (em.) Stig Förster nicht nur für ihre engagierte Betreuung, sondern vor allem dafür danken, dass sie immer an mich geglaubt und mich in vielerlei Hinsicht unterstützt haben. Eine ganz besondere Rolle bei der Entstehung dieser Arbeit spielte auch meine Kollegin Anja Seiffert, die mir Mentorin, aber auch Freundin war und der ich vieles in meiner akademischen Entwicklung verdanke.

Überhaupt hat mir das Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr ein ganz besonderes Umfeld geboten. Die Türen meiner Kolleginnen und Kollegen, nicht nur aus der eigenen Abteilung, sondern auch darüber hinaus aus den anderen Bereichen, standen mir immer offen. Ganz besonders möchte ich mich bei Rüdiger Wenzke und Torsten Diedrich für Ihre Unterstützung, ihr Interesse an meiner Arbeit und ihre Kritik bedanken. Mein großer Dank gilt auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Bibliothek und des Fachbereiches Publikationen für Ihr unermüdliches Engagement.

Ohne die engagierte Unterstützung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus zahlreichen Archiven wären mir der Zugang und die Nutzung von Archivquellen, insbesondere innerhalb der Schutzfrist von 30 Jahren, nicht möglich gewesen. Stellvertretend für die vielen Kolleginnen und Kollegen möchte ich mich bei Cynthia Flohr und Andreas Kunz in Freiburg im Breisgau bedanken.

Last but not least möchte ich meiner Familie, vor allem dem wichtigsten Menschen in meinem Leben danken, meiner lieben Frau Conny, die alles mit mir getragen hat, immer für mich da war und ist und mich aus so manchem Tief geholt hat.

Hans-Peter Kriemann

I. Einleitung

1. Fragestellung

»Jetzt ist Krieg, ja. Und ich hätte mir nie träumen lassen, dass Rot-Grün mit im Krieg ist. Aber dieser Krieg geht nicht erst seit 51 Tagen, sondern seit 1992 [...] Er hat mittlerweile Hunderttausenden das Leben gekostet, und das ist der Punkt, wo Bündnis 90/Die Grünen nicht mehr Protestpartei sind [...] Ich stehe auf zwei Grundsätzen: Nie wieder Krieg! Nie wieder Auschwitz, nie wieder Völkermord, nie wieder Faschismus! Beides gehört für mich zusammen.«¹

Mit diesen Worten beschwor der deutsche Außenminister und Grünenpolitiker Joschka Fischer die Delegierten der außerordentlichen Bundesversammlung von Bündnis 90/Die Grünen am 13. Mai 1999 in der Bielefelder Seidensticker-Halle, ihm den Rückhalt für eine rot-grüne Außenpolitik zu geben, welche die seit dem 24. März 1999 andauernden Luftschläge der NATO zur Beendigung des Kosovo-Konflikts auch durch die Entsendung eigener Kampfflugzeuge mittrug und mitverantwortete. Dies war eine Politik, die Fischer selbst nur sechs Jahre zuvor als Machtpolitik und Zeichen neuerlicher Militarisierung verurteilt hatte.² Sowohl 1993 als auch 1999 hatte er durch den Verweis auf »Auschwitz« Lehren für die Gegenwart aus der deutschen Geschichte abgeleitet. Die auch für ihren »Auschwitz-Vergleich« bekanntgewordene Rede bezeichnete er später als die wichtigste seines Lebens.³ Wie die anschließende Abstimmung zeigte, war es Fischer offenbar gelungen, trotz einer brodelnden, fast hasserfüllten Atmosphäre und eines gerissenen Trommelfells – nachdem ihn ein Beutel mit roter Farbe zuvor mit voller Wucht auf dem rechten Ohr getroffen hatte – eine Mehrheit für den Antrag des Bundesvorstandes zu erkämpfen. Demzufolge sollte sich die Bundesregierung für einen befristeten Bombenstopp einsetzen. Im Gegensatz dazu hatte die Parteilinke eine sofortige unbefristete Einstellung der NATO-Luftschläge gefordert. Im Kern ging es dabei um nicht weniger als den Fortbestand der rot-grünen Regierungskoalition. Eine Mehrheit für den Antrag der Parteilinken hätte laut

¹ AGG, VK-ND 201-K4, BDK Bielefeld 1999, Bd 1, Redebeitrag Joschka Fischer auf der Bundesdelegiertenkonferenz Bündnis 90/Die Grünen in Bielefeld am 13.5.1999.

² AGG, B.II.2 305(1), Hubert Kleinert, Joschka Fischer u.a., Antrag zur a.o. Bundesversammlung von Bündnis 90/Die Grünen am 9.10.93 in Bonn.

³ Fischer, Die rot-grünen Jahre, S. 227.

Fischer darüber hinaus die parlamentarische Existenzfrage nach sich gezogen und vermutlich auch zur Spaltung von Fraktion und Partei geführt.⁴

Diese Ereignisse der Bundesversammlung von Bündnis 90/Die Grünen am 13. Mai 1999 wie auch Fischers gewandeltes Verständnis, dass die Durchsetzung eigener Werte und Interessen, wie die Beendigung einer humanitären Katastrophe und der Schutz der Menschenrechte, unter bestimmten Umständen den Einsatz militärischer Gewalt selbst entgegen geltendem Völkerrecht notwendig machen können, umreißen das Spannungsfeld, in dem sich die innenpolitische Debatte über die künftige Rolle der Bundeswehr in der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik damals bewegte. Ausgelöst wurde dieser Selbstverständigungsprozess über die Rolle der Bundeswehr und den Einsatz militärischer Gewalt durch die Frage nach der Beteiligung deutscher Soldaten an internationalen Missionen.

Mit der Epochenwende der Jahre 1989 bis 1991 hatte sich die liberale Weltordnung zwar nicht endgültig durchgesetzt,⁵ doch verbirgt sich in der These von Francis Fukuyama vieles vom Verständnis der damaligen Zeitgenossen, die auf »ein neues Zeitalter der Demokratie, des Friedens und der Einheit«⁶ hofften. Dies galt insbesondere für die Deutschen, die sich seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges an der Bruchstelle der widerstreitenden Systeme befunden hatten und deren Außenpolitik davon geprägt war. Die Aufarbeitung der NS-Vergangenheit, die Abgrenzung vom NS-Regime und seiner Verbrechen waren dabei identitätsstiftend für die bundesdeutsche Gesellschaft.⁷ Von deutschem Boden sollte kein Krieg mehr ausgehen, so das Paradigma. Mit der deutschen Wiedervereinigung verbanden sich große Hoffnungen; erwartet wurde eine Friedensdividende, und so mancher fragte sich, wozu eigentlich noch Streitkräfte, wenn Deutschland nur noch »von Freunden umzingelt ist« (Volker Rühle). So mag es nicht verwundern, dass mit dem Beginn des Zweiten Golfkrieges im Frühjahr 1991 die Frage nach einer deutschen militärischen Beteiligung am Kampf gegen den Irak zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen der Bundesregierung und den Fraktionen im Deutschen Bundestag führte. Befeuert durch die Medienberichterstattung, machten viele Deutsche ihrer Empörung in landesweiten Demonstrationen gegen ein militärisches Engagement der Bundeswehr Luft.⁸ Die dadurch ausgelöste innenpolitische Debatte widmete sich der für die deutsche sicherheitspolitische Identität zentralen Frage nach der künftigen Rolle der Bundeswehr und dem Einsatz militärischer Gewalt durch deutsche Streitkräfte. Das mit dem 3. Oktober 1990 wiedervereinigte Deutschland hatte bereits zum Aufbrechen des Diskurses

⁴ Ebd.

⁵ Fukuyama, *Das Ende der Geschichte*.

⁶ KSZE-Gipfeltreffen in Paris (19.–21.11.1990). In: *Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland*, Dok.-Nr. 253, S. 757.

⁷ Conze, *Die Suche nach Sicherheit*, S. 843.

⁸ Vgl. Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll 12/2, 14.1.1991; *Die neue Rolle Deutschlands festgefahren*. In: *Frankfurter Rundschau*, 21.2.1991; vgl. Kohl, *Berichte zur Lage*, S. 169, S. 411; Epkenhans, *Das Ende der Geschichte?*

über den Umgang mit der NS-Vergangenheit geführt. Vor dem Hintergrund der Erfahrungen von Krieg und Holocaust war die deutsche Debatte über die Beteiligung der Bundeswehr an internationalen Auslandseinsätzen geprägt durch den Versuch, die künftige Rolle deutscher Streitkräfte an den Lehren aus der eigenen Geschichte zu orientieren.⁹

Die kompromisslose Abgrenzung vom NS-Regime, die spätestens seit den 1980er Jahren zum Bestandteil bundesrepublikanischer Identität geworden war,¹⁰ hatte zutiefst das Verständnis von militärischer Gewaltanwendung geprägt und dazu beigetragen, dass selbst mögliche Eskalationsdynamiken in der Abschreckungspolitik massiv infrage gestellt worden waren. Diese Sichtweise spiegelte sich in der einstigen Doktrin des Kalten Krieges »kämpfen können, um nicht kämpfen zu müssen« wider.¹¹

Acht Jahre nach dem Beginn des Zweiten Golfkrieges beteiligte sich Deutschland mit ECR-Tornados an der NATO-Operation »Allied Force«, einem Luftkrieg des Bündnisses gegen die Bundesrepublik Jugoslawien (BRJ). Dabei handelte es sich um nicht weniger als den ersten Kampfeinsatz deutscher Soldaten nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges und noch dazu ohne, dass ein UN-Mandat vorgelegen hätte.

Mit dem Ende des Kalten Krieges ging eine Veränderung der internationalen Politik einher. Dies war für Deutschland mit einer Neupositionierung der Außen- und Sicherheitspolitik und einer veränderten Rolle in der internationalen Politik verbunden. Die sogenannten humanitären Interventionen in den 1990er Jahren¹² zur Bewältigung der aus dem Ende des bipolaren Weltsystems resultierenden Staatszerfallsprozesse waren gleichzeitig ein wichtiger Treiber der Entwicklung des internationalen Koordinatensystems und des damit verbundenen internationalen Positionierungsprozesses. Dabei ging es vor allem um die Zukunft Europas in einer sich verändernden Welt. In der Folge sah sich die Bundesregierung verstärkt zur Beteiligung an internationalen militärischen Missionen gezwungen. Dies war umso mehr der Fall, als die Zerfallskriege in Jugoslawien Deutschland nicht nur unmittelbar durch eine massive Flüchtlingsbewegung betrafen. Es ging dabei, insbesondere mit Blick auf die Europäische Union und die Vertiefung der europäischen Integration, auch um Deutschlands Rolle als europäische Gestaltungsmacht. Welche Bedeutung hatten diese ersten Auslandseinsätze der Bundeswehr

⁹ Conze, Die Suche nach Sicherheit, S. 843; vgl. Wolfrum, Rot-Grün an der Macht, S. 104–106. Wolfrum fragt, ob damit eine »Normalität« und das Ende der Nachkriegszeit erreicht wurde. Zum Forschungsstand des gesellschaftlichen Diskurses über die NS-Vergangenheit siehe Groß, Gefangen im Krieg; vgl. auch Verbrechen der Wehrmacht.

¹⁰ Conze, Die Suche nach Sicherheit, S. 843.

¹¹ Vgl. Seiffert, »Generation Einsatz«, S. 80.

¹² Münch verweist auf die Probleme anderer normativ aufgeladener oder inkonsistent gebrauchter Begrifflichkeiten und schlägt stattdessen den Gebrauch des Interventionsbegriffs als größere Unternehmung mehrheitlich militärischer Akteure in einem ihnen fremden Staat vor. Münch, Die Bundeswehr in Afghanistan, S. 3. Anders als dieser enge Interventionsbegriff wird hier im Sinne des vernetzten Ansatzes ein weites Verständnis von Intervention, das neben militärischen, diplomatischen und entwicklungspolitischen Inhalten auch zivile und polizeiliche Fähigkeiten umfasst, zugrunde gelegt.

im Zeitraum von 1991 bis 1999 für Deutschlands Rolle als außen- und sicherheitspolitischer Akteur? Wie entwickelte sich die sicherheitspolitische Identität Deutschlands im Hinblick sowohl auf das eigene Rollenverständnis als auch das tatsächliche außen- und sicherheitspolitische Verhalten? Was waren die Motive der Bundesregierung für die Beteiligung der Bundeswehr an Auslandseinsätzen? Wie also hat sich Deutschland als sicherheitspolitischer Akteur durch die Einsätze verändert?

Die vorliegende Arbeit wird sich am Beispiel des Kosovo-Konflikts diesen Fragen widmen und die für die Entscheidungen deutscher Außen- und Sicherheitspolitik verantwortlichen Dynamiken und Prozesse untersuchen. Die Frage danach, wie der spannungsgeladene Konflikt zwischen dem Primat der Außenpolitik und dem Primat der Innenpolitik die Sicherheitspolitik der Bundesrepublik formt,¹³ ist dabei Orientierungspunkt dieser Arbeit. Anhand des konkreten außen- und sicherheitspolitischen Akteursverhaltens soll die Herausbildung einer neuen sicherheitspolitischen Identität Deutschlands unter den veränderten internationalen Rahmenbedingungen untersucht werden.¹⁴ Die Analyse von Entscheidungsprozessen über die Auslandseinsätze der Bundeswehr und ihrer Rolle für die Außen- und Sicherheitspolitik Deutschlands bietet eine paradigmatische Möglichkeit zur Beantwortung der Fragestellung und damit einen geeigneten Zugang. Dies trifft insbesondere auf die deutsche Beteiligung am Kosovo-Konflikt zu, die einen Meilenstein auf dem Weg hin zu einem stärkeren deutschen Engagement in internationalen Auslandseinsätzen darstellte.¹⁵ Dabei ging es um die Frage nach dem Wann und dem Wofür sich die Bundeswehr an Auslandseinsätzen beteiligen sollte.¹⁶ Das schließt die Frage nach dem Ob und Wie der Anwendung militärischer Gewalt mit ein. Vor die-

¹³ Neitzel, Republik und Armee, S. 357; vgl. Conze, Die Suche nach Sicherheit, S. 873; vgl. Neitzel, Der Westen und die Neuen Kriege, S. 63.

¹⁴ Nach dem Ende des Kalten Krieges führten Auflösungserscheinungen der internationalen Ordnung und die sich daraus ergebenden Unsicherheiten zu einer komplexeren Bedrohungslage, auf die die internationale Gemeinschaft mit neuen Instrumenten und Strategien zu reagieren versuchte. Vermehrte militärische Interventionen in innerstaatliche Konflikte können dazu gezählt werden. In den Fokus des daraus resultierenden erweiterten Sicherheitsbegriffs rückten neben der Landes- und Bündnisverteidigung auch Stabilitätsprojektion, Konfliktverhütung und Krisenbewältigung sowohl im transatlantischen als auch im europäischen Rahmen, um globale Bedrohungen und Risiken, wie etwa durch die ethnischen Konflikte im ehemaligen Jugoslawien, gerecht zu werden. Meiers, Zu neuen Ufern?, S. 21 f. Zur historischen Entwicklung eines erweiterten Sicherheitsbegriffs siehe Conze, Securitization. Diese Arbeit nutzt den im Weißbuch 1994 definierten Begriff eines erweiterten Sicherheitsverständnisses. Weißbuch 1994, Pkt. 214, S. 26; Zur Veränderung des Sicherheitsbegriffs siehe auch Böckenförde, Die Entwicklung des Sicherheitsverständnisses in Deutschland, S. 13 f., und Bredow, Sicherheit, Sicherheitspolitik und Militär, S. 22.

¹⁵ Vgl. Conze, Die Suche nach Sicherheit, S. 880.

¹⁶ Zum Verhältnis der Vergangenheit des NS-Völkermordes mit den Konflikten der Gegenwart siehe Jeismann, Auf Wiedersehen Gestern. Zum Verhältnis der Westdeutschen zum Militär in der Gründungsphase der Bundesrepublik siehe Echternkamp, Soldaten im Nachkrieg. Zur bundesrepublikanischen Geschichtspolitik von 1948 bis 1990 und daraus resultierenden Geschichtsbildern siehe Wolfrum, Geschichtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland.

sem Hintergrund wird die zentrale Fragestellung durch die Untersuchung des Verlaufs der politisch-öffentlichen Debatte über die Auslandseinsätze der Bundeswehr in den 1990er Jahren und deren Auswirkungen auf politische Entscheidungen operationalisiert und zusammen mit der Analyse der operativen¹⁷ Umsetzung der Auslandseinsätze als »roter Faden« durch alle Aspekte der chronologisch angelegten Arbeit gezogen. War die Bevölkerung der »Friedensmacht« Deutschland im Vergleich zu anderen westlichen Staaten zurückhaltender, was die Zustimmung zum Einsatz ihrer Streitkräfte im Kosovo sowie der Anwendung militärischer Gewalt betraf? Und war die Beteiligung an diesem Einsatz vor allem dem Druck der Partner geschuldet? Welche Werte und Positionen kennzeichneten die Debatte zwischen Bundestag, Parteien, Bundesregierung und der Öffentlichkeit in dieser innenpolitischen Auseinandersetzung? Wie wirkten sich etwa menschenrechtliche Vorstellungen, aber auch die Wahrnehmung von Gefahren und daraus resultierende Vorstellungen von Sicherheit auf das deutsche außen- und sicherheitspolitische Akteursverhalten aus? Im weiteren Sinne ermöglicht dieser historiografisch kaum erforschte Gegenstand über den Zugang des Militärischen damit einen Beitrag zum Verständnis vom Verhältnis von Politik, Gesellschaft und Streitkräften.¹⁸ Denn beim Militär handelt es sich nicht um ein von gesellschaftlichen Entwicklungen und politischen Prozessen losgelöstes Phänomen. Vielmehr ist es als Forschungsgegenstand ein sehr aussagekräftiger Ausdruck der politischen Kultur. So spiegelt der Einsatz von Streitkräften als Mittel der Politik das außenpolitische Verständnis eines Staates wider. Dies entspricht dem Urteil von Carl von Clausewitz, der den Krieg als politischen Akt begriff.¹⁹

2. Aufbau der Arbeit

Die vorliegende Studie arbeitet im Sinne einer Mehrebenenanalyse. Analytischer Fluchtpunkt ist die Frage nach den Wechselwirkungen zwischen der innenpolitischen Debatte und dem Handeln im internationalen Umfeld. In diesen Arenen werden sowohl Fragen nach der veränderten sicherheitspoliti-

¹⁷ Wobei an dieser Stelle darauf hinzuweisen ist, dass der Begriff »operativ« im außenpolitischen Akteursverhalten eine andere Bedeutung als im militärischen Kontext hat. Während der Operationsbegriff im militärischen Sinne ein zeitlich und räumlich zusammenhängendes Handeln von militärischen Kräften eines Akteurs zur Erlangung eines gemeinsamen Zieles bezeichnet, wird in der Außenpolitik darunter ihre praktische Umsetzung entsprechend der Interessen, der Strategien und des Akteursverhalten verstanden.

¹⁸ Vgl. Conze, *Die Suche nach Sicherheit*, S. 873.

¹⁹ Vgl. Förster, »Vom Kriege«, S. 266. Ende der 1990er Jahre begann der Prozess einer neuerlichen Standortbestimmung der Militärgeschichte in der deutschen Geschichtswissenschaft. Vgl. dazu *Das ist Militärgeschichte!; Perspektiven der Militärgeschichte; Die Erfahrung des Krieges; Was ist Militärgeschichte?*

schen Identität Deutschlands als auch nach der Bedeutung der Streitkräfte für diesen Wandel zwischen den Akteuren diskutiert und ausgehandelt.

Die Untersuchung des außen- und sicherheitspolitischen Handelns sowie der operativen Umsetzung der Auslandseinsätze der Bundeswehr ermöglicht weitreichende Einblicke in die Funktionsweise der sicherheitspolitisch relevanten Ressorts sowie in die Entstehungsprozesse der in dieser Arbeit untersuchten Aspekte deutscher Außen- und Sicherheitspolitik. So wird danach gefragt, welchen Einfluss die Akteure des Auswärtigen Amts darauf hatten, wie die operative Umsetzung dieser Prozesse erfolgte und wer die Urheber deutscher außenpolitischer Initiativen waren. Dabei wird auch auf die Handlungsspielräume der dafür verantwortlichen Akteure sowie auf das Verhältnis von Auswärtigem Amt und Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) zueinander geschaut. Von besonderem Interesse ist in diesem Zusammenhang, wie militärische Planungsprozesse und militärische Sachlogik außenpolitisches Handeln beeinflussten und wie weit militärische Sachlogik und außenpolitisches Rational überhaupt zusammengingen. Auf diese Weise liefert die vorliegende Arbeit wichtige Einblicke in die Logik deutscher Außen- und Sicherheitspolitik und bietet Erklärungen, wie sich konkretes politisches Handeln der Bundesregierung überhaupt generiert.

Da Entwicklungen in gewaltsamen Konflikten oft unübersichtlich sind und Ereignisse zudem wie in einem Zeitraffer in relativ kurzer Zeit ablaufen, ermöglicht die Analyse der deutschen Beteiligung am Kosovo-Konflikt, die Zuspitzung außen- und sicherheitspolitischer Entscheidungsprozesse wie unter einem Brennglas zu beobachten. Massenvertreibungen, »ethnische Säuberungen«, Morde oder andere Menschenrechtsverletzungen erzeugten einen erheblichen zeitlichen Handlungsdruck auf die internationalen Akteure. Dementsprechend eignen sich die Entscheidungsprozesse zum Einsatz der Bundeswehr im Kosovo als Untersuchungsgegenstand dieser Arbeit.

Die Arbeit fokussiert sich auf die Jahre von 1990 bis 1999 als Untersuchungszeitraum. Dies bietet sich aus mehreren Gründen an: Zum einen führte – wie bereits oben erwähnt – die nach dem 3. Oktober 1990 veränderte Rolle Deutschlands zusammen mit dem Aufbrechen neuer Konflikte und Krisen an der Peripherie Europas durch das Ende des Kalten Krieges sowie der Beginn des Zweiten Golfkrieges dazu, dass Verbündete eine stärkere Beteiligung Deutschlands an militärischen Interventionen in Krisenregionen forderten. Zum anderen begann die erste Phase einer teilweise auch heftig geführten öffentlichen Debatte in Deutschland über die Legitimation von Auslandseinsätzen, die Ende der 1990er Jahre als abgeschlossen bewertet werden konnte. Dies zeigte sich nicht zuletzt in einem breiten Konsens der im Bundestag vertretenen Fraktionen über die Beteiligung der Bundeswehr am nicht von den Vereinten Nationen mandatierten NATO-Kampfeinsatz »Allied Force«.

Die multiperspektivische Studie, die auf der Auswertung von umfangreichen Quellenbeständen basiert, analysiert den für die sicherheitspolitische

Identität Deutschlands relevanten Aushandlungsprozess auf der innenpolitischen, europäischen und internationalen Ebene. Anschließend untersucht sie, wie sich diese sicherheitspolitische Identität in der konkreten Umsetzung des Einsatzes in NATO und Bundeswehr niederschlug.

Sie bedient sich dazu des in der Interventionsforschung von Klaus Schlichte und Alex Veit genutzten Arena-Begriffs: Dieser ist aufgrund seiner Flexibilität und Multidimensionalität geeignet, die Komplexität der Wechselbeziehungen zwischen internationalen und nationalen Akteuren unter Berücksichtigung der verschiedenen Foren zu erfassen.²⁰ Dabei werden hier mit Arenen unterschiedliche Politikfelder bezeichnet, die eigenen Handlungslogiken folgen, die aufeinander bezogen sind und sich gegenseitig beeinflussen. Zur Beantwortung der Fragen der vorliegenden Arbeit spielen drei Arenen eine Rolle: die internationale Arena der Staaten und Organisationen mit ihren Institutionen und Foren, die nationale Arena (Bundesregierung, Bundestag, Parteien, Gesellschaft) sowie die militärische Arena (Bundeswehr, NATO und Einsatzgebiet). Untersucht und beschrieben werden die Wechselwirkungsprozesse unter den Arenen bei der Positionsbildung des Akteurs Deutschland.

Bislang liegen noch keine Studien vor, welche die zentrale Frage nach der Relevanz der ersten Auslandseinsätze der Bundeswehr im Zeitraum von 1991 bis 1999 für Deutschlands Außen- und Sicherheitspolitik historiografisch aufgearbeitet haben. Um die Fragestellung der vorliegenden Arbeit fundiert beantworten zu können, rekonstruiert diese Arbeit daher zunächst die sich durch das Ende des Kalten Krieges verändernden Bedingungen des internationalen Umfeldes als Handlungsrahmen für deutsche Außen- und Sicherheitspolitik. Am Beispiel des Zweiten Golfkrieges wird zudem die auf die Rolle und den Einsatz deutscher Streitkräfte nach 1990 einwirkende innenpolitische Debatte zum Akteursverhalten Deutschlands in Bezug gesetzt.

Daran anknüpfend werden im folgenden dritten Kapitel Ereignisse untersucht, die zum Ausbruch der »postjugoslawischen Kriege« führten, und auch das internationale Engagement im Rahmen von KSZE, EG/EU, UN und NATO zu ihrer Bewältigung im Zeitraum von 1991 bis 1997. Dies dient der Rekonstruktion deutschen Akteursverhaltens in Bündnissen und Organisationen zu Beginn dieser Kriege und der dahinterstehenden Handlungslogiken. Im Anschluss daran wird die deutsche politische Debatte im selben Zeitraum mit Blick auf die Motive, die den Positionen der widerstreitenden Akteuren zugrunde lagen, analysiert. Wie wird diese Debatte vonseiten der Bundesregierung geführt? Und: Welche Positionen vertritt die Opposition? Zudem wird auf die Rolle außenpolitischer Interessensabwägungen und auf den Einfluss der NATO-Verbündeten wie der USA, Frankreichs und Großbritanniens geschaut. Aber auch die historisch gewachsenen Rahmenbedingungen der nach dem Ende der Ost-West-Konfrontation

²⁰ Vgl. Schlichte/Veit, Drei Arenen.

veränderten Konfliktszenarien und die spezifisch deutsche Vergangenheit wie auch die Rolle der Medien werden nicht außer Acht gelassen.

In einem weiteren Schritt wird schließlich die operative Umsetzung der deutschen Beteiligung am internationalen Engagement auf dem Balkan rekonstruiert und analysiert. Die Arbeit bleibt jedoch nicht beim Akteursverhalten stehen, sondern es werden auch die dahinterliegenden Handlungslogiken mit der konkreten militärischen Umsetzung konfrontiert.

Am deutschen Akteursverhalten im Kosovo-Konflikt während der Jahre 1998/99 als zentralem Untersuchungsgegenstand dieser Arbeit sollen die gewonnenen Erkenntnisse vertiefend analysiert werden. Dazu werden im vierten Kapitel zunächst die Ursachen und die Genese des Kosovo-Konflikts einschließlich bisheriger internationaler Lösungsansätze betrachtet. Im Anschluss daran wird das deutsche Akteursverhalten im Rahmen der internationalen Bemühungen zur Beendigung des Kosovo-Konflikts untersucht. Besonderes Augenmerk liegt auf der Frage, in welchen internationalen Foren und mit welchen Strategien die schwarz-gelbe Bundesregierung agierte, um eigene Interessen durchsetzen zu können, welche Rolle dabei die Kontaktgruppe, die NATO und die EU spielten und wie sich das alles in konkreten militärischen Planungen der NATO niederschlug. Wie im vorangegangenen Abschnitt dieser Arbeit wird dabei erneut auf die Auswirkungen der innenpolitischen deutschen Debatte sowie auf das deutsche Akteursverhalten in internationalen Kontexten geschaut.

Das fünfte Kapitel greift diese Befunde auf und reflektiert sie mit Blick auf die sicherheitspolitische Rolle Deutschlands als Gestaltungsmacht unter der rot-grünen Bundesregierung. Hier geht es vor allem um die Unterschiede und Kontinuitäten nach der Zäsur des Regierungswechsels nach 16 Jahren schwarz-gelber Politik und den Übergang der Verantwortung für das Ressort des Auswärtigen nach 29 Jahren²¹ von der FDP auf Bündnis 90/Die Grünen. Damit stellte sich für die deutschen Partner in NATO und EU auch die Frage nach der Verlässlichkeit dieses größten europäischen Verbündeten.²²

Anfang Oktober 1998, nur wenige Tage nach den Bundestagswahlen, wurde die designierte rot-grüne Bundesregierung mit der Abstimmung über die Mandatierung der deutschen Beteiligung an der NATO-Luftoperation »Allied Force« und damit mit der Frage nach der Beteiligung deutscher Streitkräfte an einem friedens erzwingenden internationalen Kampfeinsatz und zwar ohne, dass ein UN-Mandat vorlag, konfrontiert. Letztendlich war die Entscheidung für die Entsendung deutscher Soldaten in diesen Einsatz auch die Entscheidung für eine rot-grüne Regierungskoalition, die sonst

²¹ Die FDP stellte von 1969 bis 1998 den Bundesminister des Auswärtigen, abgesehen von einer kurzen Unterbrechung von 17 Tagen im Jahr 1982, als Bundeskanzler Helmut Schmidt, nachdem sich die FDP aus Koalition und Kabinett zurückgezogen hatte, auch dieses Amt bekleidete.

²² Plenarprotokoll 13/248, 16.10.1998, S. 23 138, Redebeitrag Gerhard Schröder; vgl. Friedrich, Die deutsche Außenpolitik im Kosovo-Konflikt, S. 56.

wohl nicht zustande gekommen wäre.²³ Dennoch blieben die NATO-Partner skeptisch.²⁴ Vor diesem Hintergrund ist zu fragen, welchen Stellenwert die deutsche Bündnissolidarität auf dem Prüfstand des Kosovo-Konflikts für die neue rot-grüne Bundesregierung besaß. Bis zu welchem militärischen Eskalationsgrad war sie bereit, diese mitzutragen? Wie in den vorherigen Kapiteln werden die Auswirkungen der innenpolitischen deutschen Debatte, hier insbesondere innerhalb beider Regierungsparteien, auf das Akteursverhalten der Bundesregierung sowohl hinsichtlich der Bündnissolidarität als auch der Nutzung bevorzugter Foren und ihrer Bedeutung für die rot-grüne Außen- und Sicherheitspolitik untersucht. Darüber hinaus wird danach gefragt, welche Rolle es für die Legitimation des Einsatzes spielte, dass deutsche Soldaten erstmals seit Ende des Zweiten Weltkrieges in einen Kampfeinsatz entsandt wurden – und das von einer rot-grünen Bundesregierung.

Im Kern geht es dabei vor allem um die Auswirkungen des politischen Prozesses auf den militärischen Planungshorizont. Gelang es durch Androhung militärischer Gewalt eine glaubwürdige Drohkulisse der Allianz aufzubauen, die dabei half, eine weitere humanitäre Katastrophe im Kosovo zu verhindern? Oder trug diese im Gegenteil sogar zur Eskalation bei? Welche Rolle spielte das Wie und Wozu des Einsatzes der Bundeswehr für das deutsche außen- und sicherheitspolitische Akteursverhalten? Wie wirkte sich die innenpolitische Debatte in Deutschland auf das Verhalten der Bundesregierung bei der Zusammenstellung, Ausbildung und Entsendung deutscher Streitkräfte im Fall des Kosovo-Konflikts aus?

Das sechste Kapitel beginnt schließlich mit dem Luftkrieg der NATO gegen die Bundesrepublik Jugoslawien ab dem 24. März 1999. In Fortsetzung der Fragen des vorhergehenden Kapitels wird nach dem Versagen internationaler Krisendiplomatie und der Kontaktgruppe als ihrem bevorzugten Forum die deutsche Rolle bei der Wiederbelebung des politischen Prozesses zur Beendigung des Kosovo-Konflikts unter den Bedingungen eines als ursprünglich »kurzen« Waffengang der NATO geplanten, sich dann aber ständig ausweitenden Krieges untersucht. Die rot-grüne Bundesregierung war in eine Zwickmühle aus Bündnissolidarität auf der einen Seite und innenpolitischen Zwängen auf der anderen Seite geraten. In der Konsequenz reagierte sie mit verstärkten Bemühungen, den politischen Prozess zur Beilegung des Kosovo-Konflikts wiederzubeleben. Dafür nutzte sie ihren Doppelvorsitz in EU und G8 sowie ihre Rolle als Vermittler zwischen den USA und Russland.

Das deutsche Engagement im Kosovo-Konflikt und der Einsatz der Bundeswehr begannen sich schon wenige Jahre nach dem Einmarsch der KFOR-Truppe auf verschiedenen politischen Ebenen widerzuspiegeln. So wird diese Arbeit schließlich die Bedeutung des Kosovo-Konflikts als wichtiger Markstein für die gewandelte Rolle von Streitkräften als aktivem Ins-

²³ Görtemaker, *Die Berliner Republik*, S. 117.

²⁴ Vgl. Fischer, *Die rot-grünen Jahre*, S. 130.

trument der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik darlegen, die heute als Teil des vernetzten Ansatzes eine wesentliche Bedeutung auch für das deutsche Akteursverhalten in der internationalen Politik hat.

3. Forschungsüberblick

a) Neueste Militärgeschichte

Die Darstellung und die Analyse der aus dem Verlauf des Konflikts zwischen dem Primat der Außenpolitik und dem Primat der Innenpolitik resultierenden Rolle und des Einsatzes deutscher Streitkräfte nach dem 3. Oktober 1990 sind Gegenstand Neuester Militärgeschichte und gleichzeitig konstitutiv für diese Disziplin der Zeitgeschichtsforschung, die sich methodisch an den Grenzen zu den Politikwissenschaften und zur Soziologie bewegt.²⁵ Welche dieser Disziplinen sich dabei welchen Aspekten dieses Feldes widmet, wird sicher nicht nur eine Frage der ihr eigenen Methoden, sondern auch wissenschaftlicher Praxis sein. Aufgrund der Gegenwartsnähe des Forschungsgegenstandes wird die Untersuchung noch nicht abgeschlossener Entwicklungen und Prozesse, die Neueste Militärgeschichte hinsichtlich ihres Methodenspektrums formen. Als Subdisziplin der Geschichtswissenschaften arbeitet sie zwar grundsätzlich mit den Methoden der Disziplin, konzentriert sich aber wegen der bekannten Problematik stärker auf die Nutzung von anderen Quellen als dem Archivgut – wie weiter unten darzulegen sein wird –, die Nutzung von Zeitzeugeninterviews und die Anwendung sozialwissenschaftlicher Methoden.

Die durchlässigen Grenzen zu ihren benachbarten Wissenschaften sowie die fließenden Übergänge zu ihren Nachbardisziplinen werden sich erst in dem Maße, wie diese noch junge Teildisziplin der Militärgeschichte in ihren Forschungen voranschreitet und sich weiterentwickelt, herauskristallisieren.²⁶

Trotz dieser spannenden Perspektiven wurde die Rolle deutscher Streitkräfte nach 1990 bisher kaum militärgeschichtlich erforscht. Abgesehen von politikwissenschaftlichen und militärsoziologischen Arbeiten, deren Fokus etwa auf dem Akteursverhalten Deutschlands in den Internationalen Beziehungen, dem Wandel von soldatischen Identitäten durch Auslandseinsätze oder dem veränderten Verhältnis von Streitkräften, Politik und Gesellschaft liegt, hat sich die Neueste Militärgeschichte erst vor etwa zehn Jahren auf den Weg gemacht, dieses Feld historiografisch für sich zu erschließen.²⁷ Trotzdem sind

²⁵ Vgl. Chiari, *Krieg als Reise?*, S. 17; Neitzel, *Republik und Armee*, S. 357.

²⁶ Zur Verständnis einer »New Military History« als Teil der Sozial- und Wirtschaftsgeschichte und zur Frage der Abgrenzung zu anderen Subdisziplinen siehe Duchhardt, *Politische Geschichte*, S. 20 f.

²⁷ Vgl. Neitzel, *Der Westen und die Neuen Kriege*. Die ersten, die sich der Vermessung dieses Forschungsfeldes annahmen, waren dabei Hans J. Gießmann gemeinsam mit

seither keine größeren zeitgeschichtlichen Arbeiten zum Thema publiziert worden. Die Gründe dafür sind vielfältig. Zum einen lässt sich ein nach wie vor fehlendes Verständnis, das Militärische als Exponent gesellschaftlicher Kultur zu begreifen, beobachten. Zum anderen sind einige Zeithistoriker skeptisch gegenüber gegenwartsnahen Forschungsthemen. Meist waren die ersten geschichtswissenschaftlichen Untersuchungen der »Neuen Kriege« auch rückwärtsgewandte Erklärungsversuche bereits historisch erforschter Epochen.²⁸ Vor allem aber sind es angesichts der dreißigjährigen Schutzfrist von Archivgut der eingeschränkte Quellenzugang wie auch mangelnde fachliche Kenntnis des Militärischen, also ein Verständnis von der Funktionsweise des Militärs, der taktischen und operativen Aufgaben, der Ausrüstung, Ausbildung, Organisation und des soldatischen Berufsverständnisses.²⁹

Durch das Militärische als Zugang lässt sich die vorliegende Untersuchung in der Schnittmenge zwischen den Feldern Neuester Militärgeschichte und Neuer Politikgeschichte verorten.³⁰ Ihr analytischer Fixpunkt ist die Rolle militärischen Handelns. Das Besondere, Reizvolle und gleichzeitig die große Herausforderung ist, dass es sich dabei um eine Untersuchung noch nicht abgeschlossener politischer Prozesse handelt, also um Arbeiten am laufenden Motor, wenn man so will. Das bringt auch angesichts der grundsätzlich dreißigjährigen Schutzfrist für Archivquellen, zahlreicher verfügbarer Zeitzeugen und einer Fülle digitalen Materials im Vergleich zur Erforschung länger zurückliegender Epochen besondere Möglichkeiten, aber auch Grenzen mit sich. Vor allem liegen bisher nur vereinzelt Arbeiten Neuester Militärgeschichte vor. Umso mehr ist diese Literatur von Bedeutung, weist sie doch den Weg für die vorliegende Arbeit. Dies gilt insbesondere für die Frage nach der Beteiligung der Bundeswehr im Kosovo-Konflikt, die bisher noch nicht militärgeschichtlich erforscht worden ist.

Mit der ersten umfassenden Monografie zur Neuesten Militärgeschichte in Deutschland, die sich den deutschen Streitkräften im Auslandseinsatz zuwendet, hat Philipp Münch jüngst den Beweis angetreten, dass gegenwartsnahe geschichtswissenschaftliche Forschung auch ohne eine Archivquellenbasis möglich ist.³¹ In seiner Arbeit »Die Bundeswehr in Afghanistan. Militärische Handlungslogik in internationalen Interventionen« nutzt Münch ein methodisches Konzept, das es ihm ermöglicht, die Trennung von Akteur und Struktur zu überwinden, und so das objektive Handeln eines Akteurs wie auch des-

Armin Wagner und Bernhard Chiari. Vgl. Chiari, *Krieg als Reise?*; Gießmann/Wagner, *Die Bundeswehr im Auslandseinsatz*.

²⁸ Chiari, *Krieg als Reise?*, S. 19.

²⁹ Neitzel, *Der Westen und die Neuen Kriege*, S. 72. Zum Problem fehlender Grundkenntnisse des Militärischen und seiner Funktionsweise für die militärgeschichtliche Forschung siehe Wegner, *Wozu Operationsgeschichte?*, S. 108.

³⁰ Zu den Ursprüngen einer Neuen Politikgeschichte siehe Frevert, *Neue Politikgeschichte; Zur Verortung einer »modernen Politikgeschichte«* in der deutschen Geschichtswissenschaft siehe Conze, *Sicherheit als Kultur*.

³¹ Vgl. Münch, *Die Bundeswehr in Afghanistan*.

sen subjektive Motivation zu erfassen und zu analysieren.³² Auf diese Weise überwindet Münch die Grenzen einer klassischen auf Akteure und Strukturen fokussierten Politikgeschichte und folgt dem Verständnis einer neuen, modernen Politikgeschichte, die Grenzen, Mechanismen und Medien als Variablen eines symbolischen und diskursiv konstruierten Politikraumes begreift.³³

Etwa zeitgleich zur »Renaissance« der Militärgeschichte³⁴ Ende der 1990er Jahre begann auch in der Politikgeschichte ein intensiver Diskurs, der zu einer methodischen Trendwende führte. Durch die Lösung von einer Fokussierung auf das Politische im engeren Sinne eröffnen sich auch für die Neueste Militärgeschichte methodische Zugänge zu einer »Kulturgeschichte der Gewalt«.³⁵ Unbenommen davon bieten andere Perspektiven weitere Zugänge,³⁶ etwa über eine das soldatische Umfeld analysierende Sozialgeschichte³⁷ oder eine Wirtschaftsgeschichte,³⁸ die Rüstung als Motor wirtschaftlicher Entwicklung begreift.

³² Ebd., S. 20. Zu den Erfahrungen und der sicherheitspolitischen Einordnung des deutschen ISAF-Einsatzes siehe auch: Am Hindukusch und weiter?

³³ Vgl. Haupt, *Historische Politikforschung*, S. 305; vgl. Weidner, *Die Geschichte des Politischen*, S. 117 f. Weidners Untersuchung bietet einen guten Überblick der politikgeschichtlichen Theoriediskussion seit der Jahrtausendwende. Zum klassischen Begriff der Politikgeschichte siehe den bereits 1998 veröffentlichten Beitrag von Heinz Duchhardt: Duchhardt, *Politische Geschichte*. Eckart Conze stellte die Frage nach dem Zugang zu einer modernen Kulturgeschichte über den Sicherheitsbegriff als analytischem Orientierungspunkt. Conze, *Sicherheit als Kultur*. In Fortsetzung dieser Fragestellung und zum sich entwickelnden Diskurs über die Ansätze einer Sicherheitsgeschichte in der historischen Forschung siehe Zwierlein, *Sicherheitsgeschichte*. Dazu aus politikwissenschaftlicher Sicht: Daase, *Die Historisierung der Sicherheit*. Zum Potenzial des »Securitization«-Begriffs für die geschichtswissenschaftliche Forschung siehe Conze, *Securitization*. Tatsächlich spiegeln die Publikationen der letzten Jahre eine Orientierung der historiographischen Forschung hin zum Sicherheitsbegriff wider: Conze, *Die Suche nach Sicherheit*. So geht etwa Andreas Rödder den sicherheitsrelevanten historischen Ursprüngen und Auswirkungen der digitalen Revolution nach: Rödder, *21.0*. Heinrich August Winkler widmet sich im vierten Band seiner »Geschichte des Westens« den Gefahren nach dem Ende des Kalten Krieges und beendet seine Erzählung im Jahr 2014 mit der Frage, ob angesichts eines globalisierten Terrors nicht das Ende aller Sicherheit erreicht sei: Winkler, *Die Zeit der Gegenwart*. Andreas Wirsching nimmt im Gegensatz zu Winklers weiterem Blickwinkel mit seiner 2011 endenden Gegenwartsgeschichte eine europäische Perspektive ein: Wirsching, *Der Preis der Freiheit*. 2013 legte Edgar Wolfrum eine Studie aus der Perspektive der von 1998 bis 2005 regierenden Koalition aus SPD und Bündnis 90/Die Grünen vor. Wolfrum, *Rot-Grün an der Macht*.

³⁴ Förster, »Vom Kriege«, S. 265.

³⁵ Zur kulturgeschichtlichen Erweiterung einer »neuen« Militärgeschichte und der Bedeutung militärischen Handelns als Untersuchungsgegenstand vgl. Neitzel, *Militärgeschichte ohne Krieg?* Siehe hierzu auch die Ausführungen von Echternkamp, der ebenfalls für eine Öffnung der Militärgeschichte plädiert, in der Kritik Neitzels, dass der Kampf und militärische Operationen dabei bisher zu kurz kämen, allerdings die Furcht vor einer kulturgeschichtlichen Verengung sieht: Echternkamp, *Wandel durch Annäherung*, S. 22. Zur englischsprachigen Forschungsliteratur im Hinblick auf die »Repositionierung« der Militärgeschichte am Beginn des 21. Jahrhunderts vgl. Black, *Rethinking Military History*.

³⁶ Duchhardt, *Politische Geschichte*, S. 20 f.

³⁷ Vgl. *Perspektiven der Militärgeschichte*.

³⁸ Vgl. etwa *Militärisch-industrieller Komplex?*

Gleichwohl löste der Beginn der Auslandseinsätze der Bundeswehr Anfang der 1990er Jahre, wie etwa die Entsendung von Flugabwehrraketen in die Osttürkei während des Zweiten Golfkrieges, des Minenräumverbands im Persischen Golf oder von Schiffen der Bundesmarine in die Adria zur Überwachung des UN-Embargos gegen die Bundesrepublik Jugoslawien ab dem 15. Juli 1992, keine militärgeschichtliche Forschung aus.³⁹ Das war sicherlich auch der Zeitnähe der jeweiligen Ereignisse geschuldet. Zwar setzte der Historiker Klaus Naumann vom Hamburger Institut für Sozialforschung (HIS) im Zuge der Vorbereitungen der für 1995 konzipierten Wehrmachtausstellung den Adriaeinsatz der Bundeswehr in Beziehung zu den Gewalterfahrungen des Zweiten Weltkrieges, doch folgte diesem ersten Anstoß keine weitergehende zeitgeschichtliche Forschung zur Untersuchung der Auslandseinsätze.⁴⁰ Erst der Ende der 1990er Jahre beginnende Diskurs über die Zukunft der Militärgeschichte sowie die daraus resultierende Trendwende führten dazu, dass auch die Auslandseinsätze der Bundeswehr von der historischen Forschung in den Blick genommen wurden. In ihrem 2001 erschienenen Sammelband leiteten Nikolaus Buschmann und Horst Carl das historische Erkenntnisinteresse aus der Erklärung des Gegenwärtigen, ganz konkret der Kriege im ehemaligen Jugoslawien ab und forderten dazu auf, das Militär als institutionelle Größe zu untersuchen.⁴¹ Doch wie in früheren militärgeschichtlichen Forschungen oft genug zu beobachten war, wurde das Thema Auslandseinsätze in den dann folgenden Publikationen zwar untersucht, das Militär, seine Struktur, Binnenperspektive und die operative Umsetzung der Einsätze blieben jedoch eine »Black Box«.⁴² Der fehlende Quellenzugang als Erklärung hierfür greift jedoch zumindest mit Blick auf Deutschland zu kurz. Denn Autoren internationaler historischer Studien, vor allem im angloamerikanischen Raum, nahmen sehr wohl das originär Militärische als militärische Konflikte und Krieg bestimmende Größe in den Blick – auch ohne verfügbare Archivquellen bzw. schlossen es von ihrer Untersuchung nicht aus. Dem liege, so der US-amerikanische Historiker Dennis Showalter, ein sehr breites Verständnis von Militärgeschichte zugrunde, mit welchem ein weitestgehender Verzicht auf methodologische Fragen einherginge. In der Folge würde dadurch der Blick über den Tellerrand erleichtert.⁴³ Diese Offenheit ist gerade angesichts der hier beschriebenen Möglichkeiten einer Neuesten Militärgeschichte, die zunehmend mit digitalen Quellen arbeitet, von großer Bedeutung. Dennoch ist in der deutschen militärgeschichtlichen Forschung

³⁹ Dreist, *Rules of Engagement*, S. 45. Zur Entsendung der Flugabwehrraketensysteme vgl. die Erklärung der Bundesregierung zur Lage in der Golfregion. Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll 12/2, 14.1.1991. Der Einsatz zur Überwachung und Durchsetzung der UN-Embargoresolutionen begann mit zwei eigenständigen Operationen der NATO, »Maritime Monitor«, und der WEU, »Sharp Vigilance«. Vgl. Schiel, *Operation »Sharp Guard«*, S. 165; Ropers, *Embargo-Überwachung in der Adria*, S. 103 und 109.

⁴⁰ Chiari, *Krieg als Reise?*, S. 17.

⁴¹ Buschmann/Carl, *Zugänge zur Erfahrungsgeschichte des Krieges*, S. 11.

⁴² Vgl. Neitzel, *Der Westen und die Neuen Kriege*, S. 72.

⁴³ Showalter, *Militärgeschichte als Operationsgeschichte*, S. 124 f.